

Peter Reichel, Der tragische Kanzler. Hermann Müller und die SPD in der Weimarer Republik, dtv Verlagsgesellschaft, München 2018, 464 S., geb., 29,00 €, ISBN 978-3-423-28973-3.

Hermann Müller gehört ohne Zweifel zu den Schlüsselfiguren der Geschichte der Weimarer Republik wie der deutschen Sozialdemokratie; als erster Außenminister aus den Reihen der SPD, der 1919 stellvertretend für Deutschland den Versailler Vertrag unterzeichnen musste, als Übergangreichskanzler des Frühjahrs 1920 und als Reichskanzler zwischen Juni 1928 und März 1930, welcher der letzten Weimarer Regierung mit parlamentarischer Mehrheit vorstand, prägte er die erste deutsche Demokratie ebenso wie seine Partei. Seit 1906 hatte er dem SPD-Parteivorstand als Benjamin angehört, von 1919 bis zu seinem frühen Tod 1931 fungierte er als Vorsitzender der SPD neben Otto Wels und ihrer Reichstagsfraktion neben gleich mehreren Co-Vorsitzenden (zeitweise ruhten seine Ämter regierungsbedingt). Zugleich bildete und bildet das Ende der Großen Koalition im März 1930 den Anlass zu vielfältigen Interpretationen und wilden Spekulationen, wozu die nun vorliegende Biografie von Peter Reichel ihren ganz eigenen Beitrag liefert.

Die Quellenlage für Hermann Müller ist als gut zu bezeichnen (etwa im Vergleich zu Friedrich Ebert); es gibt gleich drei durchaus umfangreiche Nachlassteile, einen im Bundesarchiv Berlin und zwei im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn. Außerdem hat Hermann Müller über einen wichtigen Abschnitt seines Lebens 1928 die autobiografische Schrift »Die Novemberrevolution« vorgelegt (die der Autor ausgiebig paraphrasiert). Seine Parteitags- und Reichstagsreden sind dokumentiert. Artikel von und über ihn in der sozialdemokratischen Presse sind dank des Internets heute wesentlich leichter zu recherchieren als früher. Trotzdem hatte sich bisher niemand an eine Biografie Hermann Müllers gewagt, was neben den Versäumnissen innerhalb der parteieigenen Erinnerungskultur und den Gesetzen des Buchmarkts (Biografien vergessener Persönlichkeiten verkaufen sich mühselig) auch auf die schwierige, in Teilen tückische Handschrift Müllers zurückzuführen ist.

Eine Diskussion des bisherigen Forschungsstands, der Quellensituation und der Gründe für das Vergessen Hermann Müllers bzw. die bisherige Vernachlässigung seiner Person durch die historische Forschung hätte man auch vom einleitenden Kapitel einer Biografie mit wissenschaftlichem Anspruch erwarten dürfen. Statt dessen überrascht Reichel seine Leser in den knapp fünfeinhalb Seiten seiner viel zu kurzen Einleitung mit der spekulativen These, die Weimarer Republik sei zu retten gewesen, wenn es dauerhaft eine große Koalition zwischen Zentrum, SPD und der Deutschen Volkspartei gegeben hätte, »geführt von Adenauer, Müller und Stresemann«. (S. 10) Diese Möglichkeit bestand bereits 1921, als sich die Reichstagsfraktion des Zentrums *gegen* Adenauer und *für* Joseph Wirth als Reichskanzler entschied, weil Wirth der Sozialdemokratie wesentlich näher stand als der Kölner Oberbürgermeister. Im Oktober 1929 starb Stresemann, im März 1931 Hermann Müller, hätte also Adenauer alleine die Weimarer Republik »retten« sollen, mit ihrem im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland völlig anders gearteten Parteiensystem, mit ihren strukturellen Defiziten, mit ihren systemgefährdenden Krisen und katastrophalen Problemlagen? So bleibt als wichtigster Satz der »Einleitung« eine Selbstbescheidung des Politikwissenschaftlers zu nennen: »Eine umfassende Lebensbeschreibung kann und will diese politische Lebensgeschichte nicht sein.« (S. 13) Tatsächlich entfallen auf die immerhin 42 Lebensjahre von Hermann Müller vor der Novemberrevolution ganze 35 Seiten; man erfährt so gut wie nichts über seinen familiären Hintergrund, seine Sozialisation, seine politischen Vorbilder.

Die im historischen Präsens flott geschriebene Darstellung konzentriert sich auf den Politiker Hermann Müller während der Weimarer Republik. Dabei fällt zunächst, was das schlichte Handwerk eines Historikers anbelangt, auf, wie selten Reichel aus nicht veröffentlichten Primärquellen zitiert; darauf wird nur bei etwa einem Prozent der rund 800 Fußnoten hingewiesen. Auch bei den publizierten Quellen findet sich auffallend häufig der Hinweis »Zitiert nach«. Diese Verfahrensweise birgt Risiken. Um ein Beispiel zu nennen: Reichel zitiert aus der Sekundärliteratur den dort bereits verstümmelt wiedergegebenen Satz aus einem Brief des Parteiveteranen Hermann Molkenbuhr an seinen Sohn Artur vom Ende des Jahres 1918: »Es ist nicht mehr auszuhalten, immer in der Gefahr schwebend«. Der Satz geht im Original nach einem Komma weiter »ob wir auch einen Bürgerkrieg nach russischem Muster bekommen.« Nur in dieser Vollständigkeit ergibt diese Aussage überhaupt einen Sinn und hätte auch in der im Literaturverzeichnis des Bandes angegebenen Molkenbuhr-Biografie mit Leichtigkeit gefunden

werden können.¹ Man kann also beim besten Willen bei dem vorliegenden Band nicht von einer aus den Quellen geschriebenen Biografie sprechen.

Ein zweiter Punkt aus dem Bereich der handwerklichen Vorgehensweise betrifft die Charakterisierung sozialdemokratischer Protagonisten. Reichel wertet Hermann Müller auf, indem er andere führende Sozialdemokraten abwertet – und zwar in unzulässiger Weise. Philipp Scheidemann sei ein »Schauspielerpolitiker« (S. 11) und »selbstverliebt« gewesen (S. 174f., ohne Beleg, worauf sich das harsche Urteil gründet). Auf dem SPD-Parteitag in Weimar 1919 hatte der Delegierte Adolf Braun das außenpolitische Referat des soeben in die SPD zurückgekehrten Eduard Bernstein kritisiert, man könne der »talmudistischen Methode« seiner Politik nicht folgen. Reichel verurteilt diese Äußerung sehr scharf, dass der »dem linken Flügel zugerechnete Adolf Braun« sich nicht zu schade gewesen sei, »Bernstein antisemitisch zu attackieren und zu diffamieren«. (S. 83) Nun war Adolf Braun, was der Autor nicht erwähnt, selbst Jude. Kann ein Jude einen anderen »antisemitisch diffamieren«? Eine Erörterung dieser Frage wäre zumindest reizvoll gewesen. Und während der führende Parteipalster zur Zeit des Ersten Weltkriegs und rechte Flügelmann, Eduard David, als »kluger und besonnener Mann« (S. 43) gilt, sei Rudolf Breitscheid »so eloquent und ehrgeizig wie eitel« (S. 180) gewesen und habe sich aufgrund seiner mangelnden Unterstützung am Ende von Hermann Müllers zweiter Kanzlerschaft »als Totengräber der parlamentarischen Demokratie« betätigt. (S. 181) Zumindest bisher war der Begriff des Totengräbers der Weimarer Republik solchen unheilvollen Figuren wie Paul von Hindenburg, Franz von Papen oder Alfred Hugenberg vorbehalten.

Reichel neigt einerseits zu scharfen Urteilen, während er auf der anderen Seite jedweden Hinweis auf das überhaupt nicht spannungsfreie Binnenverhältnis zwischen dem zweiten Parteivorsitzenden Otto Wels und Hermann Müller vermissen lässt; dazu hat Hans J. Adolph in seiner Wels-Biografie aus dem Jahr 1971 einiges Erhellende beigesteuert² – in der vorliegenden Studie findet sich kein Wort darüber.

Wie bei negativen so neigt der Autor auch bei positiven Urteilen zu Extremen. Kenner der Sozialdemokratie der Weimarer Republik dürften überrascht sein, den Finanzexperten Rudolf Hilferding als »das intellektuelle und wortgewaltige Gewissen der Partei« (S. 224) definiert zu finden, während demselben Hilferding elf Seiten später bescheinigt wird, sein Politikverständnis sei, wie bei Breitscheid auch, »ideologisch verengt« (S. 235) gewesen. Psychologisierend fährt der Autor fort: »Aber man darf auch vermuten, dass der nichtstudierte Vorsitzende [gemeint ist Hermann Müller] gegenüber den promovierten Akademikern und eloquenten jüdischen Intellektuellen und Debattenstars nicht frei ist von Minderwertigkeitsgefühlen; ihre Stärken mögen den vaterlosen Autodidakten schmerzlich an frühe Verluste und Versäumnisse erinnern.« Einmal abgesehen von der unfreiwillig komischen Formulierung »vaterloser Autodidakt« und der Tatsache, dass auch diese These quellenmäßig nicht belegt wird, Rudolf Breitscheid war kein Jude und er hatte seinen Vater noch früher als Hermann Müller verloren, als er erst neun Jahre alt war. So stürzt manch flotte Formulierung unter dem Druck der Fakten jäh in sich zusammen.

Im Nachwort dankt Reichel seiner Lektorin, »deren Erfahrung, Umsicht und Sorgfalt auch diesem Buch den letzten Schliff gegeben« hätten. (S. 414) Diesem Lob vermag sich der Rezensent nicht anzuschließen. Der Lektorin hätte auffallen müssen, dass zahlreiche Personen bei ihrer ersten Namensnennung nicht eingeführt werden; dass etwa »Singer außer sich« gewesen sei (S. 20), als die noch aus sozialistengesetzlicher Zeit stammenden Vorsichtsmaßnahmen – keine Durchschläge ausgehender Post – abgeschafft wurden, ist nur ein Beispiel unter vielen. Wer dieser »Singer« gewesen ist, erfährt der in der SPD-Parteigeschichte nicht bewanderte Leser erst acht Seiten später. Der Lektorin hätten die zahlreichen Fehlschreibungen von Namen auffallen müssen (Constantin Fehrenbach mal richtig mit »C«, dann wieder falsch als Konstantin auf den S. 99 und 188, Rudolf Wissel statt Wissell auf S. 161, Rudolf Breitscheidt statt Breitscheid auf S. 235, Walter Kolb statt Wilhelm Kolb auf S. 26); der Lektorin hätte auffallen können, dass ein auf der S. 101 abgedrucktes Zitat aus Müllers Parteitagrede in Weimar 1919 bereits auf S. 82 zu lesen war.

Der Lektorin hätten auch die zahlreichen inhaltlichen Fehler auffallen *können*; auf dem Parteitag in Weimar 1919 wurden Hermann Müller und Otto Wels zu Parteivorsitzenden gewählt. »Damit ist ein unspektakulärer Übergang von Ebert und Haase auf ihre Nachfolger vollzogen« (S. 79), schreibt Reichel, dabei war Haase auf dem Parteitag in Würzburg 1917 durch Philipp Scheidemann ersetzt worden.

Hermann Müllers Mutter Karoline Müller, die der Beisetzungszereemonie für ihren ältesten Sohn von einem Fenster des Reichstags aus beiwohnte, war zu diesem Zeitpunkt 81 und nicht 85 Jahre alt; die Trauerfeier für ihren Sohn war über die Maßen eindrucksvoll, aber die Bewertung Reichels »Nie zuvor hat Berlin eine solche

¹ Bernd Braun, Hermann Molkenbuhr (1851–1927). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1999, S. 330.

² Hans J. L. Adolph, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971.

Massendemonstration der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für einen der ihren und für die Republik erlebt« (S. 354), ist schlicht falsch; an den Beisetzungsfierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert 1925 nahmen mindestens doppelt so viele Menschen teil. Hermann Müllers Satz am Rande seiner letzten politischen Kundgebung in Franken wenige Tage vor seinem Tod »Solange man schnaufen kann, muß man kämpfen«, dreht Reichel einfach um, belässt es aber bei den Anführungszeichen, als ob es sich um ein wörtliches Zitat handelte. (S. 320)

Noch gravierender als die vielen, vielen Fehler, für die hier nur einzelne Beispiele genannt wurden, sind aber die Einschätzungen politischer Entscheidungen der Sozialdemokratie während der Weimarer Republik, bei denen sich Reichels Hang zu kühnen Thesen fortsetzt. Vor allem zwei Schlüsselmomente der 1920er Jahre kritisiert er sehr scharf. Zum einen den Ausstieg der SPD aus der Großen Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann im Herbst 1923. Auslösendes Motiv für diesen Schritt war die Absetzung der SPD-geführten Landesregierung in Sachsen, weil dort die KPD mit zwei Ministern am Kabinetttisch saß, mittels des Artikels 48 der Reichsverfassung, während Berlin gegen den massiven Rechtsruck in Bayern nicht vorging. Die Reichsexekution hält Reichel für gerechtfertigt, weil – so seine übertriebene Einschätzung – in »Sachsen-Thüringen ein kommunistischer Umsturz« gedroht habe (S. 201f.), das Ausscheiden der SPD hingegen für »unklug« und »unverantwortlich« (S. 210). Hermann Müller habe an diesem »die Partei folgenschwer schwächenden Bruch keinen geringen Anteil« gehabt. (S. 201) Tatsächlich wurde durch die von Stresemann betriebene und von Reichspräsident Ebert genehmigte Reichsexekution in Sachsen die neben Hamburg wichtigste Hochburg der Sozialdemokratie geschleift (man könnte sagen: mit Negativauswirkungen bis heute). Wie die SPD bei den 1924 anstehenden Reichstagswahlen abgeschnitten hätte, wenn sie in der Regierung geblieben wäre (die auch den Achtstundentag aufweichte), diskutiert der Autor nicht. Stattdessen kommt er zu dem merkwürdigen Fazit, die Staatskrise des Jahres 1923 habe auch erziehend gewirkt: »Zwei Parteien, die DVP und die USPD, die wenige Jahre zuvor noch die Verfassung abgelehnt haben, arbeiten nun, wie mühevoll auch immer, zusammen. Mehr als die SPD, die Republikgründerin und eigentliche Staatspartei selbst.« (S. 220) Wen mag der Politikwissenschaftler damit meinen? Die mit der SPD bereits ein Jahr zuvor 1922 fusionierte USPD? Die kümmerliche Rest-USPD, die in der Regierung nicht vertreten war und bei den Reichstagswahlen 1924 kein einziges Mandat mehr erzielen sollte? Diese Frage bleibt offen.

Nicht offen bleibt der Zusammenhang, den Reichel zwischen dem jeweiligen Scheitern der Großen Koalitionen 1923 und 1930 herstellt. Dass Hermann Müller 1923 die Regierung Stresemann verlassen habe (und zwar hier wie an anderer Stelle *immer nur* Müller allein, andere innerparteiliche Entscheidungsträger und -prozesse werden nicht erwähnt), hätte sich beim Zusammenbruch seiner eigenen Großen Koalition im März 1930 gerächt. Dabei geht der Autor über den aktuellen Forschungsstand großzügig hinweg. Gewiss war die SPD, aber nicht nur deren linker Flügel, wie Reichel behauptet, sondern vor allem der Gewerkschaftsflügel 1930 nicht bereit, den Kompromiss zur Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung mitzutragen. Die große Mehrheit der Reichstagsfraktion der SPD (allerdings nicht Hermann Müller und eine Handvoll Getreuer) war in dieser Situation törricht genug, sich das Scheitern der Großen Koalition vor der Öffentlichkeit in die Schuhe schieben zu lassen. Sie sprang damit über das propagandistische Stöckchen, das ihnen die am Scheitern dieser Regierungskonstellation interessierten Kreise hingehalten hatten. Zu diesen Kreisen zählten vor allem der Reichspräsident und seine Berater, die Zentrumsführung unter Heinrich Brüning und die DVP-Führung nach dem Tode Stresemanns. Dass der Reichspräsident dem Reichskanzler Brüning umgehend den Gebrauch der Notverordnung nach Artikel 48 der Reichsverfassung gewährte, was er Hermann Müller kurz zuvor noch versagt hatte, dass die DVP die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrages bewilligte, der sie sich vorher vehement verweigert hatte, dass Brüning bereits Monate vorher seine Bereitschaft signalisiert hatte, einem Präsidialkabinett vorzustehen und noch zu Lebzeiten der Großen Koalition heimlich eine Ministerliste hatte aufstellen lassen, all das könnte man, wenn man zu plakativen Parolen neigte, mit dem Begriff »Verrat« etikettieren. All diese mittlerweile bekannten Fakten ignoriert Reichel und unterstellt stattdessen der SPD einen Verrat am eigenen Kanzler. Er geht noch darüber hinaus und kommt in seinem Fazit zu dem Urteil, das doppelte Ausscheiden der SPD aus der Großen Koalition sei »die eigentliche Tragik Müllers und der Weimarer Republik gewesen: dass die Sozialdemokratie Republikgründerin war und – vorentscheidend – zugleich Republikzerstörerin.« (S. 370)

Die SPD hat also laut Reichel auch die Weimarer Republik verraten. Nun ist das Verdikt des Verrats gegenüber der Sozialdemokratie nicht neu, manch andere und manch größere Historiker und Publizisten mit Sebastian Haffner an der Spitze haben es ihr anzuheften versucht. Aber haben etwa die 46 zwischen 1933 und 1945 gewaltsam ums Leben gekommenen SPD-Reichstagsabgeordneten »die Weimarer Republik zerstört«? Welche Rolle und welche Charakterisierung fallen dann Hitler und seinen Handlangern zu, wenn es die SPD war, die Weimar den Todesstoß versetzte? Reichel widerspricht sich übrigens selbst, denn am Schluss seines Kapitels »Parteführer« hat er andere Wegbereiter der Diktatur ausfindig gemacht: »Deutschland schwankt ein Jahrzehnt zwischen Demo-

kratie und Diktatur – bis die industriellen und militärischen Eliten ihre politische Macht Hitler übertragen.« (S. 147) Natürlich war die Weimarer Republik in ihrer Konsolidierungsphase zwischen 1924 und 1929 nicht vom Übergang zur Diktatur bedroht, aber das Zitat zeigt die ganze Widersprüchlichkeit in der (Pseudo-)Argumentation des Autors.

Der 76-jährige Politikwissenschaftler Peter Reichel hat die erste Biografie über den wichtigsten der drei sozialdemokratischen Kanzler der Weimarer Republik vorgelegt. Sie ist weder sorgfältig noch aus den Quellen heraus geschrieben, sondern zeichnet sich durch kühne, tollkühne und zum Schluss aberwitzige und unhaltbare Thesen aus. Im Interesse des zu Unrecht vergessenen sozialdemokratischen Staatsmannes und im Interesse der Seriosität der Geschichtswissenschaft sollte es nicht die einzige Biografie Hermann Müllers bleiben.

Bernd Braun, Heidelberg

Zitierempfehlung:

Bernd Braun: Rezension von: Peter Reichel, *Der tragische Kanzler. Hermann Müller und die SPD in der Weimarer Republik*, dtv Verlagsgesellschaft, München 2018, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81876>> [9.1.2019].